

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Februarhälfte 900.— M. Einzelverkaufspr. 70.— M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtegehaltene Zeile oder deren Raum 200.— Mark, auswärtige 250.— Mark, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 M., für Reklamen 800.— M. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926



Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 29. Sonnabend, 3. Februar 1923. 30. Jahrgang.

Die Ruhrblockade.

Essen, 3. Februar.
Die Sperre um das Ruhrgebiet scheint jetzt völlig durchgeföhrt zu sein. Auch das Ruhr im Norden, durch das gestern noch einige Züge gebracht werden konnten, ist nunmehr geschlossen. Die Rheinisch-Westfälische Eisenbahn-Gesellschaft hat über den Personenverkehr nach dem unbesetzten Deutschland einen vom 1. Februar geltenden Befehl erlassen, nach dem Personen- und Güterzüge, die weder Kohle noch Koks enthalten, wie früher verkehren dürfen. Güterzüge, die auch nur einen einzigen Wagen mit Kohle und Koks oder einen leeren Selbstentladenerhalter, werden beim Eingang ins unbesetzte Gebiet abgekoppelt und ins Ruhrgebiet zurückbefördert. Die Züge werden am Eingang der mit Kohlenposten versehenen Bahnhöfe zur Kontrolle auf Nebengeleise geleitet. Jeder Zug, der das Signal nicht beachtet, hat mit einem Unfall zu rechnen. Ein zweiter Befehl besagt ergänzend, daß die im ersten Befehl genannten Züge und die ausrangierten Wagen zur Verfügung des Generals Degoutte zu halten sind.

Die Lebensmittelversorgung gesichert.

Essen, 3. Februar.
Aus Essen erfahren wir von besonderer Seite: Die Franzosen haben, wie gemeldet, im Ruhrgebiet zwei Eisenbahnstrecken, die Ruhrthalbahn und eine Nordlinie, als Eisenbahnen militarisieren und auf jeder einen eigenen Betrieb errichtet. Diese Errichtung des Verkehrs läßt jedoch keinen Einfluß auf die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln aus, da sämtliche an der Strecke liegenden Städte Zufuhren auf anderen Bahnlösungen erhalten können. Auch für den Fall etwaiger weiterer Eingriffe der Invasionskräfte in den Eisenbahnverkehr sind von den deutschen Behörden genaue Pläne zur Heranziehung der Lebensmittelzüge ausgearbeitet, die durch eine Organisation des Kraftwagenverkehrs ergänzt werden können. Solange also General Deaoutte an seinem Versprechen, daß die Einfahrt der Lebensmittelzüge in das Ruhrgebiet nicht behindert werden soll, festhält, ist auch keinerlei Anlaß zur Befürchtung wegen der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gegeben. Im übrigen verstärkt sich von Tag zu Tag die Zuversicht, daß die ganze Abwehraktion richtig und gut organisiert worden ist.

Die Verkehrslage.

II. Münster, 2. Februar.
Die Verkehrslage ist gegen gestern wesentlich verändert. Der Güterverkehr ins unbesetzte Gebiet stockt für Kohlen vollkommen, für die übrigen Güter ist er wegen Verstopfung der Bahnhöfe sehr gering. — Der Personenverkehr ist unregelmäßig.
Die Bahnhöfe Witten-Nord und Herbede sind seit gestern von französischen Truppen besetzt. Hier wie auf dem Bahnhof Henegiten, wo Kohlen- und Kokszüge beschlagnahmt wurden, ruht der Verkehr dadurch ganz. Die Strecke Dierfeld-Rünen ist immer noch gesperrt. Im Eisenbahndirektionsbezirk Köln ist der Betrieb heute morgen nach erfolgreicher Verhandlungen mit der Besatzungsbehörde wieder aufgenommen worden. Der Abtransport von Brennstoffen beginnt bei dem immer stärkeren Ausfall von Wagen schwieriger zu werden. Vereinzelt sind die Züge bereits dazu übergegangen, die geförderten Kohlen auf Halben zu füttern. Am 1. Februar wurden 9857 Wagen bei einem Ausfall von 3553 Wagen gestellt. Für den 2. Februar sind 15 152 Wagen angefordert.
In Essen ist der Postbetrieb seit heute vormittag wieder aufgenommen, in Horst-Emscher hat die Besatzungsbehörde den Postbetrieb nach Entfernung der deutschen Beamten mit eigenem Personal übernommen.

Scheitern der Lausanner Friedenskonferenz. Ende der Entente?

London, 3. Februar.
Die „Times“ schreiben: Es sei undenkbar, daß die französische öffentliche Meinung, bis zu welchem Maße sie auch das Unternehmen im Ruhrgebiet bequilligen möge, mit Befriedigung eine Politik betrachten könne, die endgültig auf den schließlichen Bruch der Entente hinführt. Für Frankreich könne durch weitere Zugeständnisse an unmögliche türkische Forderungen nichts gewonnen werden. Wenn die französische Regierung in einer blinden Besörung für irgendwelche dunklen Pläne selbst soweit geht, die Hoffnung auf Frieden im nahen Osten zum Scheitern zu bringen, so wird das englische Volk zu solchen beginnen, daß die Entente wirklich zu Ende sei.

Französisch-türkischer Sonderfrieden?

II. Lausanne, 3. Februar.
Heute nachmittag wird Lord Curzon mit Smet Pascha eine, wie man annimmt, entscheidende Besprechung haben. Wahrscheinlich wird sich die Konferenz unter Teilnahme Englands noch zwei bis drei Tage länger hinziehen. Frankreich hat tatsächlich der türkischen Delegation in Lausanne bereits seit Ende der vorigen Woche wissen lassen, daß es Frankreich erwünscht sei, wenn die Türkei den Vertrag in Lausanne nicht unterzeichne. In englischen Delegiertenkreisen erklärt man, daß es die französische Politik zumege gebracht habe, daß Smet Pascha Herr der Konferenz geworden ist, und daß die englischen Delegierten nun ihrerseits ruhig abwarten, was er wird.

In Brechten ist gestern gegen 10 Uhr abends der Bergmann und Schuttdiener Wilhelm Haumann an dem Eingang zur Schule von einem französischen Posten erschossen worden. Nähere Einzelheiten sind noch unbekannt. In Recklinghausen wurden gestern mehrere Hafenangestellte und Arbeiter, darunter Betriebsratsmitglieder von der Besatzungsbehörde verhaftet, jedoch nach kurzer Zeit mit der Entscheidung, daß ein Verstoß vorliegt, wieder freigelassen. Auf der Zeche Westerkamp bei Buer wurden gestern acht Zechenbeamte, die sich weigerten, einen Kohlenzug für Frankreich abzufertigen, verhaftet, später jedoch wieder aus der Haft entlassen.

Die gestern zwischen den Bergarbeiter-Organisationen und dem Zechenverband aufgenommenen Verhandlungen über die Lohnregelung werden am 5. Februar in Essen fortgesetzt. Wegen Lohnhöherungen ist es gestern auf den Zechen „Kaiserstuhl“ und „Termonia“ zu vorübergehenden Arbeitsniederlegungen gekommen.

Neue Blutthaten.

II. Bochum, 3. Februar.
In einer Wirtschaft in der Ottostraße ereignete sich gestern ein neuer blutiger Zwischenfall. Soldaten, denen man Getränke verweigert hatte, zogen ihre Seitengewehre und luden ihre Pistolen. Sie drängten die Zivilisten aus der Wirtschaft hinaus und gingen ihnen nach. Natürlich hatte sich schnell eine große Menschenmenge angesammelt. Plötzlich wurden Schüsse auf die Menge abgegeben und zwei Knappschäftsbeamte wurden schwer verletzt; der eine hatte einen Oberarmbruch, der andere einen Oberschenkelbruch erhalten. Die Erregung in der Stadt ist nach dieser zweiten Blutthat ungeheuer. Sie wird verstärkt durch das Vorgehen der Besatzungstruppen überhaupt, die den ganzen Tag über in die Läden der Stadt ziehen und die Herausgabe von Waren erzwingen.

II. Essen, 3. Februar.
Gestern nachmittag zeigten zwei belgische Soldaten auf der Straßenbahn Oberhausen-Essen-Vorbeck dem Schaffner Bons, wofür sie fahren wollten. Der Schaffner verlangte jedoch die Zahlung von Fahrkarten und als sie sich hierzu weigerten, sollten sie die Bahn verlassen. Darauf griffen die beiden Belgier zu ihren Revolvern und gaben mehrere Schüsse ab, durch die der Führer schwer verletzt und ein unbeteiligter Fahrgast auf der Stelle getötet wurden. Die Mörder wurden von der deutschen Schutzpolizei verhaftet.

Essen, 3. Februar.
In Brechten bei Dortmund wurde gestern abend der Bergmann und Schuttdiener Haumann von einem französischen Posten erschossen. Als der Amtmann Tidemann gegen diese Erschießung protestierte, wurde er von den Franzosen in Haft genommen.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz verhaftet.

Köln, 3. Februar.
Gestern nachmittag gegen 5 Uhr wurde Oberpräsident Fuchs unter dem Vorwand einer Unterredung zum Vorsitzenden der Rheinlandskommission Titard geladen. Nach kurzer Dauer der Unterredung, über deren Inhalt nichts bekannt ist, wurde er nach dem Verlassen des Gebäudes an dem Bestiegen seines Autos verhindert und in ein französisches Auto genötigt. Es wurde dem Oberpräsidenten nicht einmal gestattet, mit seinem Chauffeur zu sprechen. Der Oberpräsident befindet sich auf dem Wege nach Frankfurt a. M.

Litauen annektiert Memel.

II. Berlin, 2. Februar.
Das litauische Parlament hat nach einer polnischen Meldung aus Romno die Angliederung des Memel-Gebietes an Litauen beschlossen.

Timofejew fordert seine Hinrichtung.

Wie uns aus Moskau mitgeteilt wird, hat das Mitglied des Zentralkomitees der sozialrevolutionären Partei, Genosse Timofejew, der zusammen mit seinen Kollegen im Moskauer Prozeß zum Tode verurteilt wurde, an die Sowjetregierung die Forderung gerichtet, daß das Todesurteil vollstreckt werde. Zur Befristung seiner Forderung ist Timofejew am 26. Januar in den Hungerstreik getreten.

Fünfzig Verhaftungen in Königsberg.

Königsberg (Pr.), 2. Februar.
Die franzosenfeindlichen Kundgebungen wurden gestern abend fortgesetzt. Ebenso wie dem französischen wurden auch dem polnischen Konsulat die Fenstersteine eingeschlagen. Bei der in der Nacht erfolgten Räumung der Straßen wurden etwa fünfzig Verhaftungen vorgenommen. Um 1 Uhr nachts war die Ruhe wieder hergestellt.

Dollar 37000.

Ausweg?

Dr. L. Lübeck, 3. Februar.

Auf die große französische Presse kann man nichts geben. Sie geht mit der jeweiligen Regierung durch dick und dünn und dient damit auf ihre Weise der — nationalen Einheitsfront.

Einige kleinere Blätter nur haben den Mut, die offene Wahrheit auszusprechen. Leider sind sie bedeutungslos wie die *Le Nouvelle* oder mißachtet wie der *Progres civique*. Nur eines dieser Blätter macht eine Ausnahme, der „*Deuvre*“. Er findet mehr und mehr Eingang in intellektuellen Kreisen; er bemüht sich stets um einen objektiven Standpunkt; und er ist keineswegs prinzipiell in Opposition.

Besonders in der Reparationsfrage geht dieses bürgerlich-demokratische Blatt — das übrigens auch den Gewerkschaften nicht ganz fernsteht — seit Monaten seine eigenen Wege. Es trat immer wieder für eine vernünftige Regelung der Wiedergutmachung ein und bekämpfte mit Leidenschaft jede militärische Aktion gegen das Ruhrgebiet. Immer legte es dabei die Betonung auf das französische *Interesse*, wodurch seine Beweisführung erst volle Wirkung bekam.

Die Ruhr ist inzwischen besetzt. Wie stellt sich der „*Deuvre*“ nun dazu?

Vor einigen Tagen veröffentlichte er aus der Feder eines seiner ersten Mitarbeiter einen längeren Artikel, der in ganz anerkennenswerter Weise zu der neuen Lage Stellung nimmt. Mit der Ueberschrift: Die Ruhr jetzt einfach wieder räumen, das können wir nicht! Wie aber sollen wir wieder von dort wegkommen?

Unsere Leser werden sich erinnern, daß diese beiden Sätze ungefähr das sagen, was auch wir stets als die Haupt-schwierigkeit in der Ruhrfrage hingestellt haben.

Der Artikel behandelt dann im einzelnen diese Schwierigkeiten und stellt folgendes fest: Die deutsche Erklärung, mit Frankreich unter keinen Umständen während der Okkupation des Ruhrgebietes verhandeln zu wollen, sei ganz unmöglich. Denn darauf erwidere ganz Frankreich, daß ein französisches Zurückweichen nicht in Frage kommen könne. Würde solches Zurückweichen doch bedeuten, daß Frankreich seine Partee endgültig verloren gäbe, nachdem es seinen letzten Trumpf umsonst ausgespielt hätte! Und solch einer Niederlage würde das französische Volk ein monatelanges Ringen um den Gewinn vorziehen. Daß dabei das ganze Kohlen- und Industriegebiet aus den Fugen gehen müßte, ist selbstverständlich. Wer könnte das wünschen?

Der „*Vorwärts*“ nahm zu diesem Artikel vorgefertigen Stellung und schiebt die ganze Frage zunächst auf das Gesetz des Rechts oder Unrechts. Darüber wird man sich nie einigen. Der umstrittene Satz im Versailler Vertrag wird von den Franzosen eben einfach anders ausgelegt — was ist dabei zu machen? Jedenfalls weist diese Frage jedem Lösungsversuch die blutigsteren Zähne des französischen Militarismus. Wir mögen uns darüber ärgern, aber damit rechnen müssen wir doch.

Sehr bemerkenswert ist es deshalb, daß der „*Deuvre*“ selbst nach einer Verständigungsformel, nach einem *Ausweg* sucht. Er schlägt vor, man solle die Räumungsfrage als das „automatische Ergebnis“ jeder Verhandlung behandeln.

In diesem Vorschlag hat nun auch der *Vorwärts* ein, indem er schreibt:

„Wir begrüßen es, daß Jouvenel (der Artikelschreiber im *Deuvre*) die „automatische Räumung des Ruhrgebietes“ als das Ergebnis solcher Verhandlungen bezeichnet. Ob „Voraussetzung“ oder „Ergebnis“, davon soll natürlich die durch die Invasoren aufs höchste gefährdete Zukunft Europas nicht abhängen. Aber die Räumung müßte jedenfalls das sichere und sofortige Ergebnis dieser Verhandlungen sein. Es müßte, auch wenn die Verhandlungen nicht gleich zum Ziele führen, als das Resultat einer beschleunigten internationalen schiedsgerichtlichen Entscheidung hervorgehen — über deren Charakter wir, und wahrscheinlich auch Jouvenel, nicht im Zweifel sind. Und diese Verhandlungen wären mit der gesamten Entente zu führen, nicht aber allein mit den Mächten, die es auf sich genommen haben, den Vertrag zu brechen und wehrloses deutsches Gebiet militärisch zu besetzen.“

Auf dieser Grundlage müßten sich alle diejenigen leicht finden können, die um die Wahrung des internationalen Rechts, um die Niederlage der internationalen Reaktion und um den Sieg der internationalen Demokratie aufrichtig bemüht sind.“

Uns will scheinen, daß da der „*Vorwärts*“ sich zu einer sehr vernünftigen Ansicht durchgerungen hat. Leicht wird es ihm sicher nicht geworden sein. Wenn könnte es leicht sein, mit einer Regierung zu verhandeln, deren Truppen friedlich deutschen Boden übersallen und friedlich deutsches Blut vergossen haben? Wenn jedenfalls ein Ausweg noch vor der Katastrophe möglich ist, so ist es dieser. Und einen Ausweg zu finden aus der verworrenen Lage ist doch wohl Pflicht jeder Regierung und jedes Deutschen, der Verantwortungsfähig für die deutsche Gesamtheit besitzt.

Wir sehen voraus, daß wir ob dieser Reinschreibung erneut des Landesverrats bezichtigt werden. Aber

Schlieflich entscheidet auch in der Ruhrfrage nicht das größte Maul in der Gegenwart, sondern das Endergebnis in der Zukunft.

Der deutsche Arbeiter braucht Brot; die Industrie Kohle!

Reichstag.

Berlin, 2. Februar.

Der Reichstag trat am Freitag in die zweite Beratung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1923 ein. Mit der Beratung des Haushalts des Reichsanwalters war der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern verbunden. Der bayrische Gesandte v. Preper erklärte dazu, die Verordnung, die den Ausnahmezustand in Bayern verhängt habe, sei erfolgt, weil aus Anlaß des nationalsozialistischen Parteitag eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Ordnung ernstlich zu befürchten gewesen wäre. Die bayrische Regierung habe die Maßnahme von vornherein als ganz vorübergehend angesehen. Vermutlich werde sie schon in den aller nächsten Tagen den Ausnahmezustand aufheben können. — Unser Genosse Müller-Krause erklärte darauf, daß nach dieser Erklärung heute kein Anlaß zur Ausprache über unseren Antrag vorliege. Wir nehmen die Erklärung der bayrischen Regierung so hin, wie sie ausgesprochen worden ist, und sind damit einverstanden, daß die Zustimmung über unseren Antrag ausgeht wird. Hebt die bayrische Regierung den Ausnahmezustand in den aller nächsten Tagen auf, so erledigt sich unser Antrag von selbst, im anderen Fall muß er das Parlament noch beschäftigen.

In einer vom ganzen Hause mit großer Aufmerksamkeit an, gebührender Höhe sprach Abg. Schmidt-Berlin (Soz.), der frühere Reichswirtschaftsminister, über die verwerflichen Manipulationen an den deutschen Böden. Er machte u. a. der Berliner Handelskammer den Vorwurf, daß sie zu einer Umkehrung der Denkschriften die Hand biete, indem sie an alle möglichen Personen die Erlaubnis zum Devisenhandel gebe, die sich früher niemals mit Devisenhandel befaßt hätten. Ferner wies Genosse Schmidt nach, daß die Erneuerung der deutschen Währung dadurch schädigen, daß sie die Exportdevisen zurückhalten, dafür zu hohen Kurzen Devisen aufkaufen und diese teuren Devisen der Reichsbank abfließen. Dies führe u. a. zu einer enormen Verwertung des mit diesen Devisen von der Reichsbank eingekauften ausländischen Geldes. Robert Schmidt verlas u. a. einen Ausbaubau der Devisenordnung, ein wertbeständiges Papier und Devisen-Zentralisation.

Der Reichstagliche v. Graefe wurde in dieser ernsten Situation nicht anderes vorzubringen, als einige Klagen über schlechte Lebenslage seiner nationalsozialistischen Parteifreunde und über das Verbot einiger deutschvölkischer Kadaverkammern. — Reichsminister des Innern Dr. Geier las dem Reichstaglichen Sekretär die Antwort der Führer Regierung über das Auftreten des Herrn v. Graefe und seiner Freunde an der Wallfahrt vor. Dieses Schreiben war eine vernichtende Abfertigung des deutschvölkischen Abgeordneten und das ganze Haus nahm die Verlesung des Schreibens mit schärfsten Tadeln und wiederholter Spottesschreie an. Keiner man dem im Reichstag den Vortragsleiter v. Graefe viel zu genau um nicht zu wissen, wie leicht sich gerade die von ihm veranlaßten Verfassungsklagen zu Kabalutendebatten entwickeln können. Die Behauptung des Herrn v. Graefe, daß die in dem von der Schöner von dem Eisenbahnen herausgegebenen nationalsozialistischen „Vierteljahr“ nicht bemerkt gewesen waren, wurde sofort von dem sozialdemokratischen Abg. Hoffmann-Greif auf Grund eines Telefonats mit dem Reichstaglichen Sekretär widerlegt.

Der Reichstag verabschiedete dann den Gesetzentwurf über Erhebung der Steuern in der Unfallversicherung. Dieses Gesetz bringt eine 5-prozentige Erhöhung der bisherigen Steuern, um diese einstmals an die wachsende Geldentwertung anzupassen. Mehrere kleinere Gesetzesentwürfe wurden in allen Lesungen angenommen, darunter ein Gesetzentwurf zur die Aussetzung von Strafmaßnahmen in Bezug auf 1920 bis 1922. Sodann wurde noch in allen drei Lesungen eine Forderung des Reichstages und des Reiches zum die Metallreformen der Reichsbank. Dieses Gesetz bringt den Reichsbanknoten für die Ausgabe von Reichsbanknoten, die bisher der Reichsbank.

Das heute überlebte und heftige Debatte erobert sich über die Frage, wie lange der Reichstag verlegt werden soll. Die Reichstagskammer beschloß den Reichstag erst bis zum 13. und dann bis zum 12. Februar. Genosse Hermann Müller widersprach diesem Entschluß. In einer sehr kritischen Rede wies er den Reichstag wach. Gewiß sei zu sagen, daß die Abgeordneten der Reichstagskammer nur unter großem Widerstand in ihre Wahlkreise gelangen könnten. Aber die Reichstagskammer ist die eigentliche Seele, auch im unbeschriebenen Gebiet. Entscheidend ist — mit der Stimme aller bürgerlichen Parteien gegen die linken Parteien wurde die Verlegung bis zum 12. Februar beschlossen. Die Sozialdemokratie war nur geneigt, diese Verlegung bis zum 6. Februar vorzunehmen.

Die Steuerlasten des Arbeiters.

Beratungen mit dem Finanzminister.

Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind zu den Reichstagsminister Herrmann mit der Forderung herangeführt, die Steuerlasten des Arbeiters zu erhöhen. Die Reichstagskammer hat bereits im Februar ja erhöht und die Steuerlasten für die Arbeiter zu erhöhen. Die Reichstagskammer ist in ungenügender Weise zu sich. Bei dem zunehmenden Einkommen und der höheren Steuerlasten können die Arbeiter nicht mehr auskommen. Reichstagsminister Herrmann erklärte die Notwendigkeit einer Erhöhung der Steuerlasten des Arbeiters, was jedoch auf die technischen Schwierigkeiten einer Erhöhung im Laufe des Monats Februar hin. Der von den Mitgliedern der Reichstagskammer gestellte allgemeine Antrag der Reichstagskammer auf Erhöhung der Steuerlasten für eine Woche wurde von den Reichstagsminister bejaht und genehmigt, daß auch die Steuerlasten für die Arbeiter sofort angehoben werden soll. In dem Sinne, die am Samstag mit der Reichstagskammer der Reichstagskammer bejaht, daß die Reichstagskammer die Steuerlasten des Arbeiters zu erhöhen, ist die Reichstagskammer geneigt, die Steuerlasten des Arbeiters zu erhöhen.

Belagte Arbeiterpartei und Völkerbund.

Die Arbeiterpartei und der Völkerbund (Reichstagsfraktion) sind in der Reichstagskammer zu einer Sitzung am Freitag im Reichstagskammer zu kommen. In dem Sinne, die am Samstag mit der Reichstagskammer der Reichstagskammer bejaht, daß die Reichstagskammer die Steuerlasten des Arbeiters zu erhöhen, ist die Reichstagskammer geneigt, die Steuerlasten des Arbeiters zu erhöhen.

Die Arbeiterpartei und der Völkerbund (Reichstagsfraktion) sind in der Reichstagskammer zu einer Sitzung am Freitag im Reichstagskammer zu kommen. In dem Sinne, die am Samstag mit der Reichstagskammer der Reichstagskammer bejaht, daß die Reichstagskammer die Steuerlasten des Arbeiters zu erhöhen, ist die Reichstagskammer geneigt, die Steuerlasten des Arbeiters zu erhöhen.

Volksgenossen!

Die berechtigte Empörung über den neuen Gewaltakt der französischen Militär- und Kapitalherrschaft wird von dunklen, beschränkten oder gewissenlosen Hezern ausgenutzt, um auch zu Ubenieueren kriegerischer Art zu begeistern. Die Luftschmelzung chauvinistischer Leidenschaften ist bereits in bedenklichem Maße gelungen.

In dieser Stunde rufen wir euch zu:

Behaltet klare Köpfe!

Denkt ihr etwa einen Krieg zu führen?

Wie solltet ihr einen Krieg führen? Deutschland hat kein Geld, keine Großkampfwaffen, dafür Millionen hungernder Opfer aus dem noch nicht einmal beendeten Weltkriege.

Wo würde dieser Krieg geführt werden? Auf deutschem Boden, von Westen und Osten würden die fremden Truppen eindringen und unser Land verwüsten, selbst in einem schließlich für Deutschland siegreichen Kriege.

Was wäre das Ergebnis? Neues Blut, neue Tränen würden fließen. Den Aufständischen würde das Schicksal der nordfranzösischen Gruben bereitet werden. Der Ruin der deutschen Wirtschaft und der Untergang Europas wären damit besiegelt. Triumphieren würden allein die internationale Reaktion und der internationale Kapitalismus, die am Weltkrieg wie an aller Not unserer Tage die Hauptschuld tragen.

Das, nur das ist die nüchternste Wahrheit.

Hört auch nicht auf das Geflüster von der Hilfe durch russische Waffen. Man belügt euch damit, wie man euch fünf entsetzliche Kriegsjahre lang belogen hat. Lehnt auch eine „Einheitsfront“ mit den Kriegsmachern aller Art ab.

Trebet jedem Hezer entschieden entgegen!

Die kleinste Torheit kann uns heute vor aller Welt ins Unrecht setzen!

Aktionsausschuß Nie wieder Krieg

Deutsches Friedenskartell

und 16 angeschlossene Verbände.

droht. Das Elend der Arbeiter ist groß; ich habe bei einem Bergarbeiter gemohnt; das Kind von drei Jahren erhielt nicht mehr als einen halben Liter Milch in der Woche; die Kosten für die Lebenshaltung steigen verhängnisvoll; die Nachrichten der bürgerlichen Presse über die Lage sind ganz falsch. Ich habe keinen Haß gegen die belgischen und französischen Soldaten festgestellt; es ist viel schlimmer vorhanden, und zwar nimmt er zu, gegen die Führer und gegen die Regierenden, und das ist gefährlich.

Der Aktionsausschuß beschloß dann, an den Verlorenen Branting nach Paris folgendes Telegramm abzugeben: „In der gegenwärtigen Situation erhebt die belgische Arbeiterpartei ein eventuelles Eingreifen des Völkerbundes in der Ruhrfrage als einziges Mittel, Europa vor schweren Ereignissen zu bewahren. Wir wenden uns an Sie, damit Sie, wenn möglich, den Völkerbund mit dieser ernsten Frage befaßt. Brief folgt.“

Die Regierungsbildung in Sachsen.

Die Kommunisten stürzen die Arbeiterregierung. — Was nun?

Am Sonntag werden die sächsischen Parteitagungen Stellung nehmen zu der politischen Lage und insbesondere zur Frage der Regierungsbildung in Sachsen. Bekanntlich ist die sozialistische Regierung zurückgetreten, weil ein von den Kommunisten gestellter Ministerratsantrag gegen den Minister des Innern, Lipinski, mit den kommunistischen und allen bürgerlichen Stimmen angenommen wurde. Man darf aus dem Verhalten der bürgerlichen Parteien nicht ohne weiteres den Schluß ziehen, daß es ihnen im besonderen um die Befestigung des Ministers, Lipinski, ankomme, denn auch den bürgerlichen Parteien ist bekannt, daß Lipinski mit großem Fleiß sich seinen Aufgaben unterzog und daß er alle Mittel zum Schutze der Verfassung in Notfällen angewandt hat. Daß er eine Personalpolitik trieb, die eine Durchsetzung der Verwaltung mit sozialistischen und demokratischen Elementen zum Ziel hatte, war zwar der Deutschen Volkspartei sehr zuwider, aber ausschlaggebend dürfte diese Politik nicht für ihre Zustimmung zu dem von den Kommunisten gestellten Ministerratsantrag gewesen sein. Wir nehmen vielmehr an, daß vor allem die Demokraten sich von dem Gedanken leiten ließen, jetzt eine Regierungsbildung zu erzwingen, damit sie die aktive und passive Verantwortung für die Regierungspolitik mit übernehmen können.

Aller Voraussicht nach wird die sächsische Sozialdemokratie nicht für Neuwahlen eintreten, die sicher keine wesentliche Verbesserungen bringen dürften, wie sie auch darauf verzichten dürften, noch einmal den Versuch zu wagen, auf die Hilfe der Kommunisten zu rechnen. Auch ist nicht anzunehmen, daß sie das Wagnis der Bildung einer rein sozialistischen Regierung unternehmen.

Das jetzige Experiment mit den Kommunisten war verfehlt. Die Kommunisten können ihrer ganzen politischen Einstellung nach keine Politik des Aufbaues treiben, und sie würden, wenn sie sich dem als Stütze einer sozialistischen Regierung, die doch auf dem Boden der demokratischen Republik steht, hergeben, selbst ihre Existenzbedingung vernichten. Die Kommunisten sind in einer demokratischen Republik darauf angewiesen, vernünftig und gegenseitig zu wirken, und überall stellen sie ja auch in den Vordergrund ihres Willens den Kampf gegen die Sozialdemokratie, gegen die modernen Gewerkschaften und den Staat.

Würden die sächsischen Parteitagungen sich auf den Standpunkt stellen, eine rein sozialistische Regierung zu bilden, so wäre die Position der Regierung jählicher denn je; denn eine höhere Reichsregierung für irgend eine wichtige Gesetzesvorlage könnte immer erst nach langwierigen Verhandlungen gefunden werden, und die politische Tätigkeit der Regierung wäre mehr gelähmt als das bisher der Fall war. Es ist daher mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Regierung durch Aufnahme einiger demokratischer Mitglieder nach rechts erweitert wird, zumal die Demokraten ja wohl schon vor der Landtagswahl, als vor der letzten Regierungsbildung, wie auch jetzt wieder ihre Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Regierung ausgesprochen.

Die politische Situation ist insofern für die Sozialdemokratie jetzt ungünstiger als vor den Landtagswahlen, weil die Sozialdemokratie unter Hinzurechnung der demokratischen Mandate und des Zentrumsmandats eine Einstimmenmehrheit im Landtage hatte, während die sozialistischen und demokratischen Mandate — das Zentrumsmandat fiel bei der letzten Wahl aus — jetzt gerade die Hälfte der Abgeordnetenliste ausmachen. Wird die Regierung auf der Grundlage Sozialdemokraten und Demokraten aufgebaut, so ist, soll eine dauernde Arbeitsfähigkeit erzielt werden, notwendig, daß die Deutsche Volkspartei wohlwollende Neutralität toleriert. Nach den bisher über die Haltung der Deutschen Volkspartei bekannt gewordenen Mitteilungen ist eine solche Annahme berechtigt.

Da die politischen Verhältnisse noch auf eine längere Dauer von Jahren sich wenig verändern dürften, bleibt der Sozialdemokratie leider nichts anderes übrig, als eine Anlehnung nach rechts zu suchen. Sie kann das gerade in diesem Augenblick unter den günstigsten Umständen tun, weil die ganze Verantwortung für den Sturz der sozialistischen Regierung auf die Kommunisten fällt, die dadurch der Masse der Arbeiterwähler bewiesen haben, daß sie selbst in einem industriell so hoch entwickelten Lande wie Sachsen, das überwiegend mit Arbeiterwählern durchsetzt ist, eine rein sozialistische Politik nicht wünschen.

„Moral“.

Seit fast einem Jahre bemühen sich die Vertreter der Sozialdemokratie im bevölkerungspolitischen Ausschuss, eine Einigung über das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zustande zu bringen, ein Gesetz, das nach dem Willen der Regierungsvorlage auf der einen Seite eine Bekämpfung der schlimmsten Volksseuche darstellen, auf der anderen Seite ein Ende mit der ganz einseitigen Verfolgung von Frauen in Form der Reglementierung von Prostituierten machen soll. Bisher konnte man wenigstens mit den Demokraten, zum Teil auch mit den Frauen anderer Fraktionen zusammengehen. Nun aber haben sich sämtliche bürgerliche Parteien, vertreten zum Teil durch die weiblichen Mitglieder, zu einem Antrag zusammengefunden, der nicht nur eine neue Reglementierung, sondern schlimmeres als das bedeutet. Seine ersten beiden Absätze haben folgenden Wortlaut:

„Personen, die zum Zwecke des Erwerbes gewohnheitsmäßig Unzucht treiben, ist verboten, in der Nähe von Kirchen, Schulen oder anderen für den Besuch der Jugend bestimmten Örtlichkeiten oder mit Jugendlichen in der gleichen Wohnung zu wohnen.“

Desgleichen kann diesen Personen Wohnen und Aufenthalt in bestimmten Gemeinden verboten werden.“

Das bedeutet nichts anderes als Frauen, die zum nicht geringen Teil durch die Not des Krieges und der Nachkriegszeit zu ihren traurigen Gewerbe gekommen und durch Geldentwertung und Verjährung „akutstarke“ Personen auf die abschüssige Bahn geraten sind, zusammen mit den vielen anderen, deren Gewerbe es leider immer gab und das ausserordentlich bisher noch keiner Regierung und keiner politischen Richtung gelungen ist, von Ort zu Ort zu hegen und sie damit dem sicheren Verderben um so jählicher auszuliefern.

Daß unsere Fraktion hierauf nicht eingehen konnte, ist selbstverständlich. Wir haben verlangt, daß der Justizminister und der Innenminister persönlich im Ausschuss erscheinen und erklären, ob sie gewillt sind, für diese Bestimmungen die politische Verantwortung zu übernehmen. Nach langem Sträuben hat sich die Mehrheit des Ausschusses diesem Verlangen angeschlossen und wir dürfen nun gespannt sein, was hieraus wie aus dem ganzen Gesetz noch wird.

Die beleidigte „Freiheitspartei“.

Der Führer der „Deutschvölkischen Freiheitspartei“ wollte in dieser Lage in Preußen verschiedene Propaganda-Versammlungen abhalten, die der preussische Minister des Innern, Genosse Seering, aus sehr begreiflichen Gründen verbot. Die Partei des Herrn Wulle hat deshalb an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem sie ihm „unerhörte Verfassungsverstöße“ zur Kenntnis bringt. Sie beklagt sich darüber, daß die öffentlichen Versammlungen des Herrn Wulle verboten wurden, daß aber zur selben Zeit der „Zentralverband jüdischer Staatsbürger“ und die kommunistische Partei Versammlungen abhalten konnten. Die Freiheitspartei birgt daher den Reichskanzler „gütigst“ folgende Fragen zu beantworten: a) Sind die Kosten im Rahmen der Verfassung nur noch für Juden und Kommunisten da? b) Ist die persönliche Freiheit für alles, was nicht Jude und Kommunist ist, aufgehoben? c) Desgleichen Versammlungsfreiheit? d) Was darf ein Reichstagsabgeordneter seinen politischen Freunden Rechenschaft ablegen?

Der Reichskanzler wird hoffentlich diesen unverschämten Brief so behandeln wie es sich gehört. Wir aber möchten den Deutschvölkischen gegenüber betonen, daß die Verfassung für alle deutschen Staatsbürger gilt, deren Ziel nicht Verunglimpfung und Beschimpfung der Staatsform, ihrer Hoheitszeichen und ihrer führenden Minister ist. Solange die Deutschvölkische Freiheitspartei an einen gewalttätigen Umsturz denkt und gelegentlich mit Gewaltanwendung gegen Republikaner droht, solange steht sie außerhalb der Verfassung und hat keinen Anspruch auf irgendwelchen Schutz.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Einer allgemeinen Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung hat der Reichstag in seiner letzten Session am 25. Januar d. J. zugestimmt. Danach werden die Höchstsätze für die Zeit vom 15. bis zum 27. Januar gegenüber den bisherigen Sätzen um zwei Drittel hinaufgesetzt; von da ab erfahren sie eine weitere Erhöhung auf das Doppelte der vor dem 15. Januar geltenden Sätze. Eine entsprechende Verordnung des Reichsarbeitsministers, der die neuen Sätze im einzelnen festlegt, wird demnächst im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht werden. Durch die Heraufsetzung erhöhen sich gleichzeitig die Forderungsbeträge der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Darüber hinaus ist der besonderen Lage und der vermehrten Not der Erwerbslosen des besetzten Gebietes dadurch Rechnung getragen, daß die in Betracht kommenden Länder ermächtigt worden sind, an die Erwerbslosen des besetzten Gebietes höhere Beträge zu zahlen. Aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge wird ein Betrag zur Verfügung gestellt, der es ermöglicht, auf den Kopf des unterstützten Erwerbslosen durchschnittlich 25 v. H. mehr zu gewähren als im unbesetzten Gebiet. Diese Fürsorge soll den besonders Bedürftigen unter den Erwerbslosen zufließen, nach Möglichkeit insbesondere dadurch, daß ihnen Lebensmittel und andere Sachleistungen unentgeltlich oder zu besonders günstigen Bedingungen geliefert werden.

Die Frage der Reparationen.

Von Karl Rautsky.

Wie immer das Ringen Deutschlands mit dem französischen Nationalsozialismus ausgehen mag, an seinem Ende muß eine neue Regelung des Problems der Reparationen eintreten. Da ist es wieder einmal Zeit, sich zu fragen, wie wir zu diesem Problem stehen.

Die Blünderung der Besiegten war seit jeder Kriegsbrauch und Kriegszucht. Als die Regierungen ihre Söldner fester in die Hand bekamen und einer strengeren Disziplin unterworfen, bemerkten sie das Blündern zu „sozialisieren“. An Stelle der Beute, die der einzelne Soldat durch „private Initiative“ bei Privatrat machte, trat die „Kriegsentschädigung“, die der siegreiche Staat dem besiegten auferlegte.

Im 19. Jahrhundert konnte man dann zeitweise glauben, daß auch dieses Ueberbleibsel der Barbarei seinem Ende entgegengehe. Der Sieger forderte von Frankreich 1814 keine Kriegsentschädigung, und 1815, als es sich neuerdings erhob, nur 700 Millionen Franc. Im nächsten großen europäischen Krieg, dem Krimkrieg, hatte das unterliegende Rußland keine Kriegsentschädigung zu bezahlen. Ebenfalls drei Jahre später, 1859, das besiegte Österreich. Seine Niederlage 1866 kostete es bloß eine Kriegsentschädigung von 30 Millionen Gulden an Preußen, wogegen es von Italien 35 Millionen für das abgetretene Venedig erhielt.

Um so auffälliger war es, daß derselbe Bismarck, der 1866 so beschiden gewesen war, 1871 mit den Traditionen der letzten Jahrzehnte brach und 4 Milliarden Mark als Kriegsentschädigung von Frankreich verlangte.

Seitdem hat bis zum Weltkrieg von den europäischen Großmächten nur Rußland noch einen großen Krieg geführt. Es besiegte 1878 die Türkei, der 300 Millionen Rubel Kriegskosten auferlegt, aber lange gestundet wurden. Der andere, noch größere Krieg mit Japan wurde 1905 durch die Intervention der Vereinigten Staaten beendet, die dem besiegten Rußland jede Kriegsentschädigung erparten.

Wenige Jahre vorher, 1898, hatten die Vereinigten Staaten mit Spanien siegreich Krieg geführt. Sie verzichteten im Friedensvertrag nicht bloß auf jede Kriegsentschädigung, sondern zahlten dem wiedergeworfenen Gegner noch bare 20 Millionen Dollar für die Abtretung der Philippinen.

Alle diese Traditionen galten nichts in den Augen der Sieger im Weltkrieg. Sie beschloßen, einen ganz neuen Gesichtspunkt zur Geltung zu bringen. Hatten früher die Regierungen die Kriegsbeute sozialisiert, so wollten nun die Sieger den Gipfel der Zivilisation erklimmen und die Kriegsbeute ethisieren. Nicht mehr der Besiegte sollte bezahlen, sondern der am Ausbruch des Krieges Schuldige. Und nicht Beute wollte man ihm abnehmen, sondern er sollte bloß den Schaden wieder gutmachen, den er angerichtet. An Stelle der Kriegs Kontribution sollte die Reparation. Welcher Fortschritt!

Schade nur, daß dieser Fortschritt mit einigen Schwierigkeiten verbunden war. Der Schuldige soll den Schaden ersetzen, den er verursacht hat. Was kann gerechter sein? Wer aber war der Schuldige und wie ihn feststellen? Waren es Franz Josef und Wilhelm mit ihren Leuten? Von denen war doch nichts zu holen, soweit sie überhaupt noch lebten. Sollten die Völker für ihre Fürsten zahlen? Dann aber wohl alle Völker des alten Österreich für die Sünden der Habsburger. Oder sollten von der Zahlungspflicht jene ausgenommen sein, die Opposition gemacht hatten? Aber eine solche hatte sich auch unter den Deutschen gezeigt. Dagegen hatte ein Teil der Polen den Krieg gegen Rußland freudig begrüßt, und sogar ein Teil der Tschechen, z. B. der heutige Kommunistenführer Schnermal, hatte sich während des Krieges sehr schwarzgelb gezeigt.

Und weiter: wollte man eine Kriegsschuld des ganzen deutschen Volkes statuieren, sollte sie allen Siegern gegenüber in gleichem Maße gelten, nicht bloß in bezug auf Belgien, sondern auch in bezug auf Japan und Italien? Sollten auch die als von Deutschland angegriffen und überfallen betrachtet werden? Endlich aber, nach welchem Kodex, auf Grund welchen Materials, von welchen unbefangenen Richter sollte die Frage der Kriegsschuld entschieden werden?

Man sieht, die Erziehung der Kontribution durch die Reparation drohte bereits bei ihrem Ausgangspunkt in ein Labyrinth zu führen.

Doch da fand sich ein rettender Ausweg: Alles war gewonnen, wenn Deutschland selbst sich als Schuldiger bekannte. Belgien gegenüber hatte es bereits durch Bethmann-Hollweg sein Unrecht

eingestanden. Aber den anderen gegenüber dachten die meisten Deutschen anders. Viele Deutsche glauben auch heute noch daran, daß Rußland durch seine Mobilisierung den Krieg herbeiführte, andere erkennen die Schuld der Regierung Wilhelms an, halten aber die Gegenseite nicht für ganz schuldlos. Unter diesen Umständen blieb den Siegern nichts übrig, als das Schuldbestimmnis, das sie brauchten, zu erpressen. Das erreichten sie dadurch, daß sie es in den Friedensvertrag aufnahmen und erklärten, ohne dies Bekenntnis kein Frieden. Ohne es gehe die Blockade und die Hungerrang der Gesamtbevölkerung, auch der Frauen und Kinder weiter.

Sicher ist die Klärung der Schuldfrage sehr wichtig. Durch freie und unbefangene wissenschaftliche Forschung sollten die Vorgänge klargestellt werden, die zum Kriege führten. Nicht um Schadenersatzansprüche an die Schuldigen daraus zu deduzieren, sondern um politische Wirkungen hervorzuheben, um den Völkern zu zeigen, welches Maß von Vertrauen oder Mißtrauen sie ihren Regenten und Regierungssystemen zu schenken haben.

Diese unerläßliche Klärung der Schuldfrage wurde aufstärkt gefordert durch die Methode der Sieger, nicht bloß die Schuld eines Regierungssystems zur Schuld einer Nation zu gestalten, sondern überdies noch dieser das Geständnis der Schuld durch die Tortur zu erpressen.

Das war das erste Ergebnis der neuen hohen Moral, die im Friedensvertrag verkörpert sein sollte. Aber noch verhängnisvoller wurden die ökonomischen Wirkungen der neuen Methode. In den früheren Friedensschlüssen war, soweit sie überhaupt eine Kriegsentschädigung stipulierten, diese so bemessen, daß sie die Kreditfähigkeit des Landes nicht überschritt, so daß sie rasch bezahlt werden konnte, jede Okkupation fremder Truppen im besiegten Lande für längere Zeit dadurch vermieden wurde und daher rasch dem Kriege ein wirklicher Zustand des Friedens folgte. Selbst die ungeschweertlich erscheinende Kriegsentschädigung, die der Frankfurter Frieden, Mai 1871, Frankreich auferlegte, wurde so schnell aufgebracht, daß im September 1873 die letzten deutschen Besatzungstruppen Frankreich verließen.

Ganz anders wirtschaftete die neue Methode. Sie setzte im Friedensvertrag überhaupt keine feste Summe fest, die Deutschland zu zahlen hatte. Es sollte den angerichteten Schaden ersetzen — welche dehnbare Bestimmung! Von der Zahlungsfähigkeit Deutschlands sprach man gar nicht. Und doch ist es klar: je länger der Krieg dauerte, je größer die Schäden, die er anrichtete, desto geringer mußte die Zahlungsfähigkeit jedes der am Krieg beteiligten Länder sein.

Eine Kommission mit diktatorischen Befugnissen, die Reparationskommission, sollte die einzutreibende Schadenssumme festsetzen. Ganz fabelhafte Summen wurden in der Ententepresse erwartet. Man sprach von 300 Milliarden Goldmark — ungefähr ebenso viel, als das ganze deutsche Volkvermögen vor dem Kriege betragen hatte, vor dessen Verheerungen, vor den Abtretungen im Westen und Osten, vor dem Verlust der Kolonien und der Auslieferung der Handelsflotte. Nicht viel vernünftiger waren die verbündeten Regierungen, die im Januar 1921 die Gesamtsumme der in Geld zu zahlenden Reparationen auf 226 Milliarden Goldmark angaben. Dazu noch eine Abgabe von der deutschen Ansuhr, so daß man damit auch fast auf 300 Milliarden gekommen wäre. Dessen schämte sich selbst die Reparationskommission, sie setzte die Schadenssumme wenige Monate später auf 132 Milliarden an. Auch von dieser Summe ist sie seitdem weiter und weiter heruntergegangen, aber stets erst, nachdem sie Unheil gestiftet und Deutschlands Leistungsfähigkeit immer mehr untergraben hatte.

Ein Staat, über dem das Damoklesschwert einer dährartigen ebenso ungeheuerlichen wie unbestimmten Schuld hängt, ist natürlich har jedes Kredits. So blieb dem deutschen Staat nach den Katastrophen des Krieges und des Friedensvertrages, die seine Finanzen aufs äußerste ruinierten und seine Zahlungsbilanz hochgradig passiv machten, zur Deckung seiner Bedürfnisse und der Anforderungen seiner Gläubiger nur ein Hilfsmittel übrig, ständige Noteninflation, die momentan half, Staatsfinanzen und Oekonomi: aber immer trostloser verzirrte.

Die Reparationschuld durch eine Anleihe rasch abzurufen, wurde ganz unmöglich. Solange sie aber besteht, dauert auch die mit der Schuld verbundene Politik der Garantien und Pfänder, das heißt der Besetzung deutschen Gebietes durch fremde Truppen fort, ja, sie nimmt von Jahr zu Jahr größere Ausdehnung an, als sie zur Besetzung des Ruhrgebietes führte. Dieser erbitternden Quelle ewiger Reibungen, Gewalttaten, Demütigungen ist bei dem bisherigen Stande der Reparationsforderungen keine Grenze gesetzt. Das bedeutet ständige Unruhe und ökonomischen Verfall in Mitteleuropa und davon ausgehend in den anderen Ländern europäischer Zivildation. Es ist so schlimm, wie dauernder Krieg.

Volkswirtschaft.

Die Marktkatastrophe.

Im März 1921, zur Zeit der Abstimmung in Oberschlesien, ging durch die deutsche Presse ein Aufruf aus der Feder eines an führender Stelle des Reichsbankdirektoriums stehenden Beamten, der sich ganz besonders mit der polnischen Wäluata befaßte. Mit vollem Recht wurde damals gesagt: „Es bedarf keines Beweises, daß der Uebergang zu einer so entwerteten und kreditunwürdigen Wäluata die schwersten Nachteile für ein Land mit sich bringen muß.“ Insbesondere würde ein industrielles, auf den internationalen Verkehr angewiesenes Land wie Oberschlesien die Grundlagent seiner wirtschaftlichen Existenz selbst zerstören, wenn es die Marktwährung mit einer derartigen Wäluata vertauschte.“ Es verdient festgehalten zu werden, daß die leitenden Stellen unserer Reichsbank sich über die Gefahren der Wäluatentwertung schon zu einer Zeit völlig klar waren, als der Dollarkurs sich ungefähr auf 62 Mk. stellte und der Notenumlauf der Reichsbank ungefähr 68 Milliarden betrug. Seitdem ist der Dollarkurs auf mehr als 30 000 Mk. gestiegen, und der Banknotenumlauf hat die Höhe von rund anderthalb Billionen erreicht. Man kann nicht behaupten, daß die Leiter unseres Zentralbankinstituts sich gegen eine solche Entwicklung mit derjenigen Energie zur Wehr gesetzt hätten, die im Interesse der deutschen Volkswirtschaft von ihnen zu erwarten gewesen wäre. Man hat dem Verhängnis seinen Lauf gelassen und durch die Suspendierung der gesetzlich vorgeschriebenen Drittelbedeckung für den Notenumlauf auch fernerzeit noch die letzten schwachen Schranken niedergerissen, um der Inflation freie Bahn zu schaffen. Die Wirkungen dieser Wirtschaftspolitik sind heute nur zu deutlich auf allen Gebieten unserer Wirtschaft. In den letzten Tagen hat die polnische Wäluat, die im Jahre 1921 vorübergehend noch unter den Kurs von drei deutschen Reichspfennigen hinabsank, an den deutschen Börsen einen Kurs von 100 Pfennigen erreicht.

Im Verlauf von knapp zwei Jahren ist also die deutsche Wäluat auf das Niveau der polnischen herabgeunken; es ist dabei zu berücksichtigen, daß die polnische Wäluat im Vergleich zum Dollar und anderen Edelmetallen in diesen zwei Jahren durchaus nicht gestiegen, sondern sogar noch gefallen ist. Die Entwertung der deutschen Wäluat hat sich aber, wie die jetzigen Kurse zeigen, noch viel rascher vollzogen. Auch die österreichische Krone, auf deren Verfall wir Reichsdeutschen bisher sehr mittelmäßig hinsichtlich, steigt im Vergleich zur Wäluat von Tag zu Tag, und wenn die Entwicklung so weiter geht, haben wir aus dem Gebiete des Geldwesens sehr bald österreichische Zustände im wahren Sinne des Wortes. Die für die Wäluatpolitik in Deutschland verantwortlichen Stellen können sich bis zu einem gewissen Grade mit dem Hinweis auf die verheerenden Wirkungen der Reparationszahlungen entschuldigen. Mühten doch allein in der zweiten Januardekade 1923 rund 58,5 Milliarden Papiermark zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen in ausländischer Wäluat in Ausführung des Friedensvertrages ausgegeben werden, während die gesamten Reichseinnahmen im gleichen Zeitraum nur 58,3 Milliarden Mark betragen. Seit dem 1. April 1922, d. h. seit Beginn des laufenden Finanzjahres, wurden für Reparationszahlungen rund 330 Milliarden Papiermark aufgewendet, außerdem beanspruchte die Friedensvertragsabrechnungstelle allein in der letzten Dekade noch 130 Milliarden Mark für Zahlungen in Papiermark. Unter diesen Umständen kann der weiteren Entwertung des Markkurses schwerlich ein günstiges Horoskop gestellt werden, zumal die im Januar erfolgte Ruhrbesetzung der deutschen Wirtschaft und den Reichseinnahmen einen weiteren schweren Schlag versetzt hat. Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß die Einnahmen auf Konto Zwangsanleihen in den letzten Monaten nur sehr gering waren und daß der neue Ausweis über die Finanzlage des Reiches in der zweiten Januardekade 1923 überhaupt keine Einnahmen aus der Zwangsanleihe mehr registriert.

Geschäftliches.

Was jede Hausfrau wissen sollte. Neudrings ist es gelungen, ein Verfahren zu ermitteln, nach welchem unsere deutsche Getreide so behandelt werden kann, daß das geröstete Korn Eigenschaften annimmt, die denen der Kaffeebohne überraschend nahe kommen. Das Verfahren ist als deutsches Patentsystem Nr. 337168 gesetzlich geschützt und der neue Kaffee wird unter der Bezeichnung „Aguma-Kaffee“ von den bekannten J. Thörls Vereinten Harburger Kaffee- und Kaffee-Verarbeitenden, Harburg/Elbe, in den Handel gebracht. Die vorzüglichen Eigenschaften von Aguma-Kaffee zeigen sich schon nach dem Mahlen, können aber besonders nach dem Aufbrühen zur Geltung kommen. Man beachte unsere heutige Sonderbeilage.

Grippe — Husten

Sollte jeder auch nach überstandener Krankheit befeihen. Wir raten Ihnen, aus 50 Grammt eistem Jagobott-Extrakt durch Aufkochen mit ¼ Pfd. Zucker und ¼ l Wasser eine preiswerte, prompt wirkende Hustenmedizin selbst herzustellen. Jeder Jagobott-Extrakt ist sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Mengstr. 10. (12611)

Belle-Plante und Cornelius.

Roman von Claude Tillier.

15. Fortsetzung.

Aber, sagte er innerlich zu sich, einmal ist keinmal und zum zweitenmal lasse ich mich nicht fangen.

„Und was für Knöpfe, Herr Belle-Plante?“

Ein zweiter Ansturm der Schneider. Sie nähern Knöpfe und machen Knopflöcher an ihre Röcke und man knöpft sie niemals zu. Ist das nicht, als ob ein Wälder eine Brille trüge? Was für verrückte und verderbte Menschen sind diese Schneider!“

„Ich hoffe“, sagte der Schneider, „daß keine persönliche Angelegenheit in dem liegt, was Sie eben sagten, und erlaube mir, Ihnen nebenbei zu bemerken, daß ich nicht der Erfinder der Knöpfe bin.“

„Das ist richtig“, sagte Belle-Plante; „alles, was wahr ist, Du hast niemals etwas erfunden. Aber es sind noch Metallknöpfe an einem alten Rock meines Vaters vorhanden und ich werde sie benutzen.“

„Das wollen Sie, Herr Belle-Plante? Ich hege zweifellos eine sehr hohe Achtung vor dem Hochzeitsrock Ihres Herrn Vaters und wie vor seinen Knöpfen, aber meine Unparteilichkeit zwingt mich, Ihnen zu sagen, daß sie eher Lappdeckeln als Knöpfen ähneln sind. Sie können dieses Eisenzeug nicht an einen neuen Rock nähen. Sie würden aussehen wie ein Mann, der mit türkischen Schlaabeden herumgeht und Ihr Ansehen würde darunter leiden. Ich glaube sogar, daß die Polizei Ihnen solche Knöpfe aus Gründen der öffentlichen Sicherheit verbieten könnte. Nehmen Sie an, daß Sie aus dem Fenster sehen und daß einer Ihrer Knöpfe sich abhebt und...“

„Und ich sage dir, daß sie benutzt werden sollen.“

„Dann werden Sie sie selbst anmachen. Sie werden dazu Ihre Hände und eiserne Schrauben brauchen. Ich wäusche meine Hände, aber ich will nicht, daß die Kinder schreien, wenn Sie vorübergehen; das ist Coutüre, der solche Knöpfe an Herrn Belle-Plantes Rock genäht hat. Sie begreifen meine Strupel, Herr Belle-Plante?“

„Nach's alio, wie du's verstehst, verdammter Sudelhaus, aber ich bin neugierig auf deine Rechnung.“

Am Sonntag morgen begab sich Belle-Plante zu Coutüre. Sein Anzug war fertig und hing an einem Haken im Laden. Belle-Plante probierte ihn an; aber um einen Vorwand zu haben, den Preis zu drücken, fand er, daß der Rock sehr schlecht säße. Der Schneider behauptete fernerseits, um williger und besser bezahlt zu werden, daß der Rock gottvoll säße. Bei jeder Frage behauptete er leugnet jeder nach seinem Interesse. In Wirklichkeit sah der Rock weder gut noch schlecht.

„Nun“, sagte Belle-Plante, „wie viel Macherlohn bekommen Sie?“

„Macherlohn und Auslagen, wenn es Ihnen recht ist.“

„Was für Auslagen? Habe ich nicht das Tuch dazu gegeben?“

„Gibt es nur Tuch in einem Anzug?“ Hier ist meine Nota. Sie werden sehen, was für Zufälle ich erleidet habe.“

„Ich werde sie prüfen“, sagte Belle-Plante und schob sie in die Tasche.

„Sie können sie rascher prüfen, soviel Sie wollen, aber sie ist quittiert und ich brauche mein Geld.“

„Wie Kerl, traust du mir etwa nicht?“

Der Schneider, der keine Rücksicht mehr gegen Belle-Plante zu nehmen brauchte, weil er wußte, daß dies der einzige Anzug war, den er für ihn machen würde, sagte: „Herr Belle-Plante, Ihr Herr Vater nannte mich Herr Coutüre.“

„Herr Coutüre, ein schöner Herr! Ein Herrler, der keinen Groschen hat, ein Herr! Für so einen, wie du bist, ist das Wort gerade erfunden worden.“

„Wenn Sie so fortfahren“, sagte der Schneider, „lebe ich Ihre Insurien mit auf die Rechnung.“

„Dies mir deine Rechnung doch vor! Glaubst du, daß ich mir die Mühe nehmen werde, dein Gelude zu entziffern?“

„Macherlohn für einen gelben Rock, eine dito Hose, eine dito Weste: sechs Frank zwölf Sou.“

„Das ist um's Doppelte zu teuer.“ sagte Belle-Plante.

„Willen Sie“, antwortete der Schneider, „wienel Zeit mich diese Arbeit gekostet, wienel Zwirn und Wachs ich dazu verbraucht und was für Nadeln ich dabei zerbrochen habe?“

„Absolut nicht“, sagte Belle-Plante.

„Weshalb sagen Sie also, daß es zu teuer ist?“

„Weil es zu teuer ist.“

„So sind sie alle“, sagte Coutüre: „der Arzt, der einen Frank für den Besuch nimmt, der Abokat, der sich sechs Frank für drei Dukerd Worte bezahlen läßt, der Beamte, der tausend Frank monatlich für hundert Unterschriften bekommt, sie alle sagen zu“

dem Arbeiter, der zwei Frank für einen Arbeitstag verlangt; das ist zu teuer. Sie, Herr Belle-Plante, gehören Ihrer Bildung und Ihren Fähigkeiten nach nicht zu diesen Leuten, aber Sie reden wie sie.“

„Nun gut, hier sind deine sechs Frank fünfzig Centime und gib mir Quittung.“

„Warten Sie doch, ich bin noch nicht zu Ende. Für Futter zwei Frank.“

„Guter, Futter! Wer hat dir befohlen, meinen Rock zu füttern?“ Ich bezahle dies Futter nicht.“

„Das werden wir sehen“, sagte Coutüre und fuhr fort: „Für eine Garnitur Knöpfe drei Frank.“

„Für Knöpfe drei Frank? Sie scherzen, Herr Coutüre. Trennen Sie Ihre Knöpfe sofort wieder ab.“

„Ich bin“, erwiderte Coutüre, „Schneider zum Anmähen, nicht zum Abtrennen. Ueber Empfang der Summe von zwölf Frank vier Sou quittiert Coutüre.“

„Streiche vier Frank davon und ich werde zahlen.“

„Ich lasse nicht: einor Sou ab.“

„Willst du zehn Frank, ja oder nein?“ fragte Belle-Plante.

„Nein“, antwortete der Schneider.

„Gut, dann kannst du mich verklagen.“

„Vielmehr werden Sie mich verklagen müssen, um Ihren Anzug zu bekommen, denn ich behahre ihn als Pfand für das, was Sie mir schuldig sind.“

„Coutüre“, sagte Belle-Plante, „du hast mit einem schlechten Streich geliegt und verlierst meine Kundschafft.“

„Schöne Kundschafft“, sagte Coutüre; „es wird viel Wasser unter der Brücke durchfließen, bis Sie sich wieder einen Anzug machen lassen.“

Belle-Plante verstand sich zu gut auf Lebensart, um eine Rechnung zu bezahlen ohne etwas abzuhappen, aber diesmal mußte er bis auf den letzten Sou hergeben, da der Schneider sich darauf verstellte, den Anzug zu behalten, wenn er nicht sein Geld bekäme. Seufzend zog er zwei Sechstrankstücke aus der Tasche und bot sie Coutüre an.

„Nacht noch zwölf Sou“, sagte Coutüre.

„Ich habe nur großes Geld. Du wirst mich doch nicht nötigen wollen, ein Dreifrankstück wegen zwölf Sou zu wechseln.“

Aber Coutüre blieb unbeweglich und Belle Plante war zu seinem großen Kummer genötigt, sich zu fügen.

Freistaat Lübeck.

Gonnabend, 3. Februar.

Was kann es bezahlen?

Wer heute mit dem Handel etwas zu tun hat, dem wird zuerst der Dollar ins Gesicht geworfen. Bildlich natürlich nur, denn dieser wohlfeile Handelsgrund wirkt nur rückläufig auf den Verkäufer. Der Käufer selbst soll durch das Beeren seiner Briefstafeln dem anderen oder dem übernächsten die Möglichkeit verschaffen, Dollars zu kaufen. Am besten verstehen dieses Geschäft die Agrarier. Die verfeinerten den Schmelz. Wir haben die Folgen dieser Briefstafelpolitik schon hundertmal vorgelegt. Sie äußern sich in der Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel. In den letzten 8 Tagen arten sie zur Gemeingefährlichkeit aus. Die Hamburger Buttermilchgesellschaft steigerte auf Grund der spärlichen Zufuhr — die Agrarier wissen, wie man die Preisbremse dreht — den Butterpreis auf 7200 M., den der Milch auf 700 M. Wir Lübecker sind bescheidenere und zahlen „nur“ 600 M. für ein Liter Milch. Das heißt, was es kann! Viele sind es nicht. Dafür stehen wieder einige hundert arme Teufel und Kinder mehr dahin und die Milchproduzenten können mehr Butter und Käse für die Schieber produzieren. Oder will etwa einer behaupten, daß man vom Ertrag ehelicher Arbeit oder vom realen Handel Butter und Milch kaufen kann? Die feste Wirtschaft hat tatsächlich den Lebensmittelmarkt befeuert — für die Drogen. Die sozialdemokratische Presse hat nicht vergebens dagegen gekämpft. Die Tränen der bürgerlichen Presse über die rasende Preiswut sind Heucheltropfen. Sie glaubte den Geldsack ihrer Gönner füllen zu helfen. Nun schlägt der Raubzug auch den Büttel.

Webrigens war der Lübecker Milchpreis vorige Woche noch bedeutend höher als der anderer Großstädte. So zahlte Bremen 300 M., Halle 322 und Berlin 388 M. für ein Liter, Lübeck aber 400 Mark. Der neue Milchpreis für Berlin ist ebenfalls 40 Mark billiger als der für Lübeck. Dabei sind Zufahrts- und Handelskosten dort bedeutend höher. Auch ein nettes Bild.

Das Grauen packt die Hausfrau beim Einkäufen. Die kaufmännische und schleierische Tüchtigkeit bringt sie zur Verzweiflung. So kostet Margarine 2800—3000, Schweineschmalz 4000, Kaffeebohnen 3200, Rindertalg 2000, Schweinefleisch 3600, Rindfleisch 2800, Geflügel 1660 M. Aber natürlich nicht überall. Das sind Preise des Konsumvereins, der sie auf das denkbar niedrigste Maß beschränkt, während sonst fast überall Willkür und Geschäftsliebe die Taschen malt. Und wie! Wenn schon bei einer Schachtel Streichhölzer 10—15 M. Preisunterchiede vorkommen, dann kann man sich leicht vorstellen, auf welche verschiedene Art raffert wird. Die Leidtragenden sind immer die Käufer, die jetzt auch unter der sozialdemokratischen Regierung gewahrt werden, daß der Drang nach Gewinn stärker ist als die verlogene Markthörerei der Volksparteier nach Sachministern, wie sich die Kolonialpresse immer so nett auszudrücken verstand. Doch davon hört man nichts mehr. Jetzt wird das hungernde Volk wieder mit anderen Worten bedauert gemacht. Das Schlimmste ist, daß sich die „Wut des Dollars“ in den nächsten Wochen noch ganz anders offenbaren wird. Billig und wohlfeil sind nur nach die Gründe, mit denen die reaktionäre Presse und deren Helfershelfer das Volk beschwindelt.

Die Mahnung der Regierung an Produzenten und Händler, mit Rücksicht auf die Not des Volkes nur die notwendigen Preis-erhöhungen vorzunehmen, fruchtet natürlich nichts. Das rücksichtslose Streben nach hohen und möglichst mühseligen Gewinnen hat so feste Wurzeln geschlagen, daß es schon kräftiger Mittel bedarf, um hier Besserung zu schaffen. Die Regierung wird sich recht bald zu einschneidenden Zwangsmaßnahmen verstehen müssen, wenn die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt werden soll. Die von Tag zu Tag kritischer werdende Lage im Ruhrgebiet wirkt sich in ihren verheerenden Folgen, wie steigende Teuerung und zunehmende Arbeitslosigkeit deutlich zeigen, auch im übrigen unbesetzten Deutschland aus. Deshalb muß die Regierung, will sie den nötigen Zusammenbruch des Volkes verhindern, ihren Worten endlich entsprechende Taten zur Bekämpfung der Teuerung folgen lassen.

Lübecker Teuerungsziffern im Januar 1923.

Die vom Statistischen Landesamt auf Grund der Erhebung der Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung berechneten Teuerungsziffern stellen sich im Januar wie folgt:

Teuerungsziffer 1918/14	Indexziffer = 100	Steigerung gegenüber	
		dem Dez. 1922	dem Durchschnitt
61 825	76 783	4,7	11,2
66 918	83 108	13,3	20,3
80 956	100 542	37,0	45,6
120 473	149 619	103,9	116,7
146 301	181 635	147,7	163,1
Januar-Durchschnitt	93 696	116 363	68,5

Die Durchschnittsteuerungsziffer für Dezember betrug 55 605 Mark; sie hat also seitdem um 38 091 M. oder 68,5 Prozent zugenommen. Die zu Anfang des Monats noch ziemlich normale Teuerungswelle ist um seine Mitte rapide angewachsen. Sie war im Monatsmittel um 17,5 Prozent und am Monatsende sogar um 115,1 Prozent höher als die Teuerung von November zum Dezember 1922 (51,0 bzw. 32,6 Proz.). Die Gesamtheit der in der Teuerungsziffer berücksichtigten Arten und Mengen von Lebensbedürfnissen stellte sich im Januar um das 116fache (Lebenshaltungsziffer für Januar 116 363) teurer als vor dem Kriege. Im einzelnen waren die Ernährungskosten 148mal, die Heizkosten 184mal, die Beheizungskosten 990mal und die Wohnungsmiete 35mal höher als im Durchschnitt der Jahre 1913/14. Unter den Ernährungskosten hat das Schmalz mit dem 325fachen Friedenspreis den höchsten Stand. Es folgen Speck mit einem 273fachen, Wetzstein mit einem 263fachen, Schweinefleisch mit einem 234fachen, markentones Schwarzbrot

mit einem 233fachen und Nährmittel mit einem 213fachen Friedenspreis. Die Margarine war 178mal, Meiereibutter 1767mal, Rindfleisch 1667mal, Zucker 1587mal, Eier 1450mal und Milch 1368mal teurer als im Durchschnitt 1913/14.

Die Verleidungsansgaben sind im Januar zuerst an zwei Monatsstagen erhoben worden. Für den ersten berechnete sich die Teuerungsziffer auf 18 216 Mark, für den zweiten auf 27 001 Mark und im Monatsdurchschnitt auf 22 608 Mark gegen 15 276 Mark im Dezember. Unter Einrechnung der Bekleidungskosten stellen sich die Lübecker Indeziffern in den letzten drei Monaten folgendermaßen:

	November 1922	Dezember 1922	Januar 1923
Ernährung	59 482	83 272	146 521
Heizung	60 016	120 483	184 079
Beleuchtung	33 316	80 000	98 937
Wohnung	933	2 422	5 528
Bekleidung	74 579	114 942	170 116
Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung	45 745	60 057	116 363
mit Bekleidung	49 831	75 558	123 978

Die Ausgaben für Bekleidung haben sich danach im Januar gegenüber der Vorkriegszeit um das 170fache, die für Ernährung dagegen nur um das 146fache verteuert. Dafür haben aber die Ernährungskosten im Januar mit 71,8 Prozent eine weit stärkere Steigerung erfahren als die Bekleidungskosten, die vom Dezember bis Januar nur um 48 Prozent in die Höhe gegangen sind. Die um die Bekleidungskosten erweiterte Indeziffer für Januar zeigt gegen den Vormonat eine Steigerung von 64,1 Prozent gegen 51,6 Prozent vom November zum Dezember; sie ist um 4,1 Prozent kleiner als die Steigerung der die Bekleidung nicht einschließenden Indeziffer, die vom Dezember zum Januar 68,5 Prozent betrug.

Gewerkschaften und Ruhrhilfe.

In der gemeinsamen Vorstandskonferenz des ADGB, IFA-Bundes und UDB wurde am Freitag folgende Entschließung angenommen: „Die am 2. Februar tagende gemeinsame Versammlung der Vorstände des ADGB, IFA-Bundes und UDB verurteilt die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen und Belgier auf das Schärfste. Ueber das Recht der Besetzung sind sich die Versammelten vollständig klar. Es ist die Eroberungssucht des internationalen Finanzkapitals. Von der Erkenntnis durchdrungen, daß es bei diesem Kampf um das Ruhrgebiet um mehr geht als die Interessen der deutschen Kapitalisten, von der Erkenntnis durchdrungen, daß es um die Existenz der deutschen Arbeitnehmerschaft und den Fortbestand der deutschen Republik geht, empfehlen die versammelten Gewerkschaftsvorstände der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen ihren Mitgliedern, nach besten Kräften dem Aufbruch der Spitzenverbände zur Beteiligung an den Sammlungen der Ruhrhilfe nachzukommen. Die versammelten Vorstände der Gewerkschaften geben der Erwartung Ausdruck, daß die Lübecker Arbeiterschaft ihrerseits dem Aufruf ihrer Organisationen entsprechend, der Preissteigerungen eine entsprechende Festsetzung der Löhne und Gehälter folgen zu lassen, weitgehend und schnellstens nachkommen.“ — Näherer Bericht folgt.

Bausstoffgenossenschaft.

Eine Neugründung einer weiteren Genossenschaft ist erfolgt. Mühe das sein? Kommt diese Aufgabe, die Beschaffung von Bausstoffen, nicht durch die bestehenden Genossenschaften ermöglicht werden. Diese Fragen wird jeder Gemeinwirtschaftler stellen. Zur Bausstoffbeschaffung gehört Geld, viel Geld. Die Arbeits- und Siedlungsgenossenschaften haben alle Vorkehrungen zu ergreifen, um mit dem vorhandenen Betriebskapital die bestehenden Einrichtungen weiterzuführen. Der Ertrag der Arbeitsleistungen des einen Monats ist im nächsten Monat für die höheren Materialpreise und Lohnzulagen wieder aufzuwenden. Darum müssen neue Kräfte gewonnen werden. Alle, die an der Beschaffung von Bausstoffen interessiert sind, haben nun Gelegenheit, einen Anteil zu erwerben. Das Eintrittsgeld beträgt 200 M., der erste Anteil 5000 Mark, das ratenweise eingezahlt werden kann. Die Eintragung in das Genossenschaftsregister beim Amtsgericht ist erfolgt. Die Anmeldung zur Genossenschaft kann in der Arbeitsgenossenschaft, Mengstraße 28, und im Genossenschaftsamt in der Hundelstraße erfolgen. Es werden auch Bausstoffe in kleinen Mengen abgegeben werden, jedoch die Hausbesitzer, die ihre Reparaturarbeiten selbst ausführen, ihren Bedarf erbeden können. Der Verkauf erfolgt nur an Mitglieder. Die Selbsthilfe ist durch diese Genossenschaft organisiert; alle Wohnungsuchenden, die zu einer Wohnung kommen wollen, können die Genossenschaft unterstützen. Wer den Bausstoffwucher nicht nur mit Worten bekämpfen will, der muß die Tat beweisen, indem die Selbstbeschaffung der Bausstoffe ermöglicht wird.

Abbruch von Baracken auf dem Burgfeld. Durch Rat- und Bürgerbeschluß vom 18. November 1922 ist der Bauhof für die Verlegung der Burgfeldbaracken 18 und 19 und der Liegehalle nach dem St.-Gertrud-Kirchhof und für deren Instandsetzung für Zwecke der Lungenerkrankung nach dem Plan und Kostenschlag des Baudirektors Balger vom 25. August 1922 der Betrag von 800 000 M. bewilligt worden. Seit der Aufstellung des Kostenschlages waren jedoch die Preise für Löhne und Bausstoffe erheblich gestiegen, so daß die Ausführung der Arbeiten Kosten im Betrage von 16 bis 18 Millionen Mark verursachen würde. Auf Veranlassung der Baubehörde hat daher die Baubehörde die Ausführung der Arbeiten unterlassen. Lediglich die Liegehalle ist abgebrochen und das Material sichergestellt worden. Die Baracken werden jetzt nicht benutzt. Da wiederholt versucht worden ist, das Material zu stehlen, so läßt der Staat Gefahr, großen Schäden zu erleiden, wenn die Baracken nicht anderweitig verwendet werden. Die Baubehörde hat daher beantragt, sie zu ermitteln, die Baracken abzubauen und die dadurch freiwerdenden Bausstoffe für den Einbau von Wohnungen zu verwenden. Der Senat hat bereit, dem Antrage zu entsprechen und stellt ihn zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft.

Was können Schule und Haus angesichts der Vermögensnot tun? Man schreibt uns: Die Frage wurde in der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen Bundes für Erziehung und Unterricht in einer Mitgliederversammlung am Mittwochabend erörtert. Die Preise für Bücher und Hefen sind so hoch geworden, daß es manchem Familienvater schwer fällt, die Mittel aufzubringen. Für Volksschulkinder und besonders begabte in den Mittel- und höheren Schulen, deren Eltern nachweislich bedürftig sind, liefert der Staat die Mittel unentgeltlich. Der Kreis ist aber beschwerlich. Was kann für die Allgemeinheit zur Erleichterung der Notlage getan werden? In einzelnen Fällen wird es möglich sein, die Aus-

gabe für Bücher durch Herabzumindern, daß auf einige Lehrbücher verzichtet wird, für andere die Anschaffung nicht unbedingt erforderlich, sondern nur gewünscht werden kann. Auch durch die Benutzung desselben Lehrbuches durch mehrere Schüler (?) wird die Anschaffung für manche überflüssig werden. Eine wesentlich größere Ersparnis wird sich aber erzielen lassen, wenn sowohl die Neubeschaffung wie auch der An- und Verkauf gebrauchter Bücher durch die Schule oder so weit es möglich ist, durch die organisierte Elternschaft vermittelt wird. Für den gemeinsamen, klassenweisen Bezug ergibt sich eine Verminderung der Kosten, durch das Angebot der hiesigen Buchhändlervereinigung, die in diesen Fällen die Gewährung eines Rabatts von 20 Prozent zugehört hat. Die Vermittlung des Handels mit gebrauchten Büchern ist bereits von einigen Schulen in die Hand genommen worden. Es ist zu hoffen, daß er allgemeiner erfolgen wird. Für eine andere Gruppe von Büchern wird die teilweise Ueberlassung gegen eine geringe Gebühr, wenn auch nur während des Unterrichts, möglich sein; auch hierfür liegen bereits Erfahrungen in einzelnen Anstalten vor. Auf dem Gebiete des Schreib- und Zeichenunterrichts wird man selbstverständlich auch auf Erleichterungen bedacht sein müssen. Manche der bisher auf Papier angefertigten Arbeiten wird auf eine Schiefertafel oder in die neuerdienten in der Hand gezeichneten Schiefertafelchen und in die losemantigen Encepsche (Schiefertafel mit Schiefertafel) gezeichnet werden können. Alle diese Maßnahmen sind allerdings nur kleine Mittel.

Ablieferung der Steuermarkenbücher. Das Finanzamt fordert auf, die noch nicht abgegebenen Steuermarkenbücher für 1922 bis spätestens 16. d. Mts. abzuliefern. (Siehe amtlicher Zeit).

pb. Festgenommen wurde ein Zimmermann aus Gredenharff, der vor einer Wirtschaft ein Fahrrad stehlen wollte. — Festgenommen wurde ferner ein Müllerergelle aus Schweinitz, der einem Hausmeister ein Musikinstrument, Spielzeug usw. gestohlen hatte.

pb. Diebstahl. Aus einer Musikalienhandlung wurden ein Grammophon, 7 Schalldosen und circa 250 Grammophonplatten, circa 50 Dosen Nadeln und vier zweireihige Handharmonikas gestohlen. — Einem in der Kieferstraße wohnhaften Eisenbahnschaffner wurden ein dunkler Eisenbahnuniformmantel, drei Tadelts und Westen und ein Gehörapparat gestohlen. — Aus einer hiesigen Realschule wurde einem Schüler ein Gummiregenmantel im Werte von 100 000 M. gestohlen. — In der Schönböfener Straße wurden eine goldene Damenuhr mit goldener Kette, eine goldene Brosche, drei Paar goldene Ohrringe, eine Krantennennadel, ein goldener Damenring, zwei silberne Kaffeelöffel, ein Cutawan, ein schwarzseidener Kleiderrock, drei Damastbettschüge, ein Nachthemd, ein Tischbuch, 6 Servietten, eine Nachtklade und circa 30 000 Mark in bar gestohlen. — Aus einem Hause am Kohlmarkt wurden mittels Einbruchs ein Granatarmband, eine silberne Kette mit Eisenbeinrolle als Anhänger, eine weitere silberne Kette mit einem Eisenbeinanhänger, ein Eisenbeinmedaillon mit Photo wurden eine goldene Damenuhr mit taubener Kette, eine goldene Kette mit einem Brillanten, ein Malinoffler mit Kette und fünf größeren Brillanten und 25 kleineren Brillanten, sogenannte Rosen, und ungefähr 300 000 in bar gestohlen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadtheater. Sonntag nachm. für die Volksbühne: „Kater Lampe“. Abends: „Der Bettelstudent“. Montag: 13. Volksküchlerkonzert. Spielt sich u. a. Beethoven's 5. Sonate, Strauß: Don Juan, Smetana: Die Moldau. Das Sinfoniekonzert ist auf den 19. Februar verschoben. Im Dienstag-Ab. wird „Liesland“ wiederholt.

Arnold-Zweig-Vortrag. In der Buddenbrook-Buchhandlung, Mengstraße 4, wird am Sonntag, dem 4. Februar, vormittags 12 Uhr, Arnold Zweig (Starnberg) aus eigenen und fremden Werken lesen. Arnold Zweig ist in weiten Kreisen durch die „Romanen um Claudia“ bekannt geworden, die schon in der 73. Auflage erschienen sind. Karten zu 150 M. sind an der Kasse der Buddenbrook-Buchhandlung zu haben.

Zweiter Buddenbrookabend. In der Buddenbrook-Buchhandlung, Mengstraße 4 wird am Mittwoch, dem 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr Professor Otto Ahtes seine Erzählung „Der Besuch“ lesen. Karten in beschränkter Zahl zu M. 150.— an der Kasse der Buddenbrook-Buchhandlung.

Zentrale für private Fürsorge. Kleinrentnerinnen, die keine Häkel-, Klappelarbeiten sowie Weißnäherarbeiten anfertigen, können sich Montag, den 5. Februar, nachm. von 3—5 Uhr mit Musterarbeit melden, Johannstraße 47 im Hügel.

Angrenzende Gebiete.

z. Kreis Herzogtum Lauenburg. Eine öffentliche Versammlung der Beamten des Kr. Hpt. Lauenburg fand am letzten Sonntag in Büchen statt. Die Versammlung war notwendig geworden, nachdem durch die Spaltung des Deutschen Beamtenbundes in den Deutschen Beamtenbund und in den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund die bisherige Form der Kreisorganisation der Beamten nicht mehr aufrecht zu erhalten war. Die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes beantragten zu Beginn der Versammlung eine Arbeitsgemeinschaft der beiden Richtungen. Trotz hundertlanger Aussprache war es nicht möglich, eine einmütige Entschließung mit klarer, richtunggebender Beamtenpolitik zu erzielen. Der Antrag der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wurde abgelehnt und mit Mehrheit beschlossen, einen allgemeinen Kreisverein aller Lauenburgischen Beamten zu bilden, ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit des einzelnen zu einer Fach- und Spitzenorganisation. Als Vorsitzender des vorläufigen Ausschusses wurde Bornhöft-Schiphorst (A.D.B.) gewählt. Den örtlichen Gruppen wird anheim gegeben, Vereine ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu Spitzenorganisationen zu bilden. Es wird ihnen aber auch freigestellt, örtliche Kartelle des Deutschen Beamtenbundes oder des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zu schaffen. Die Verhandlungen, die bis dahin sich nicht durch besondere Großartigkeit auszeichneten, was bei dem sich erst allmählich herausbildenden Verständnis des Beamten für Gewerkschaftsfragen verständlich ist, zeigten bei Punkt 3 der Tagesordnung (Ortsklasse und Brennpunktzulage) eine bedeutsame Höhe. Es wurde dann durchberaten, wie jetzt bereits vorbereitende Verhandlungen zur Wiedervergütung des Ortsklassenverzeichnis möglich sind.



